

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Birgitt Bender, Dr. Uschi Eid,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2976 –**

Menschenrechte in Zentralasien stärken

A. Problem

Mit dem Antrag will die Fraktion die Bundesregierung auffordern, anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft darauf hinzuwirken, dass die EU mehr Geld und eine personelle Aufstockung für Delegationen und Projekte in Zentralasien allgemein bereitstellt. Sie soll zudem Sorge dafür tragen, dass EU-Projekte weniger regional, sondern länderspezifischer angelegt sind, bis die Kooperationsbereitschaft der zentralasiatischen Länder untereinander stärker geworden ist. Parallel dazu soll die regionale Operation in Zentralasien durch spezifische Projekte der EU gefördert werden. Weiteres Anliegen der Fraktion ist es, dass die Bundesregierung darauf hinwirkt, dass die EU Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ins Zentrum aller Dialogbemühungen und Verhandlungen mit den zentralasiatischen Staaten setzt. Die Entwicklung von EU-Projekten zur Menschenrechtsförderung in Zentralasien soll vorangetrieben werden und die Bundesregierung soll darauf drängen, dass die EU solange keine engeren wirtschaftlichen Verbindungen mit Turkmenistan eingeht, bis sich die Menschenrechtsslage in diesem Land massiv verbessert hat. Mit Blick auf Usbekistan fordert die Fraktion, dass die Bundesregierung anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft den bereits 2005 angekündigten Menschenrechtsdialog mit Leben füllt und konkrete inhaltliche und zeitliche Zielvereinbarungen mit Usbekistan festlegt. Weitere Forderungen der Fraktion zielen darauf ab, die OSZE in ihrem Einsatz für Menschenrechte in Zentralasien zu unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/2976 abzulehnen.

Berlin, den 23. Mai 2007

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Holger Haibach
Berichtersteller

Johannes Jung (Karlsruhe)
Berichtersteller

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichtersteller

Michael Leutert
Berichtersteller

Volker Beck (Köln)
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Holger Haibach, Johannes Jung (Karlsruhe), Burkhardt Müller-Sönksen, Michael Leutert und Volker Beck (Köln)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/2976** wurde in der 57. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Oktober 2006 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung auffordern, anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft darauf hinzuwirken, dass die EU mehr Geld und eine personelle Aufstockung für Delegationen und Projekte in Zentralasien allgemein bereitstellt. Sie soll zudem Sorge dafür tragen, dass EU-Projekte weniger regional, sondern länderspezifischer angelegt sind, bis die Kooperationsbereitschaft der zentralasiatischen Länder untereinander stärker geworden ist. Parallel dazu soll die regionale Operation in Zentralasien durch spezifische Projekte der EU gefördert werden. Weiteres Anliegen der Fraktion ist es, dass die Bundesregierung darauf hinwirkt, dass die EU Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ins Zentrum aller Dialogbemühungen und Verhandlungen mit den zentralasiatischen Staaten setzt. Die Entwicklung von EU-Projekten zur Menschenrechtsförderung in Zentralasien soll vorangetrieben werden und die Bundesregierung soll darauf drängen, dass die EU solange keine engeren wirtschaftlichen Verbindungen mit Turkmenistan eingeht, bis sich die Menschenrechtslage in diesem Land massiv verbessert hat. Mit Blick auf Usbekistan fordert die Fraktion, dass die Bundesregierung anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft den bereits 2005 angekündigten Menschenrechtsdialog mit Leben füllt und konkrete inhaltliche und zeitliche Zielvereinbarungen mit Usbekistan festlegt.

Weitere Forderungen der Fraktion zielen darauf ab, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in ihrem Einsatz für Menschenrechte in Zentralasien zu unterstützen. So soll die Bundesregierung sich im Rahmen der OSZE für Projekte einsetzen, die die Zivilgesellschaft in Zentralasien über die OSZE-Standards und Verpflichtungen aller Teilnehmerstaaten für Menschenrechtsschutz informieren und die Arbeit des OSZE-Medienbeauftragten in Zentralasien unterstützen. In den Haushaltsverhandlungen der OSZE soll die Bundesregierung sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass Aktivitäten der OSZE-Zentren in Zentralasien in der menschlichen Dimension ausgebaut werden mit Schwerpunkten auf Unterstützung unabhängiger Zivilgesellschaft, Demokratieförderung, Förde-

rung von Pressefreiheit und dem Aufbau unabhängiger Justiz. Im Rahmen der OSZE und der Diskussion um einen Vorsitz Kasachstans soll die Bundesregierung nach dem Willen der Fraktion darauf drängen, dass Kasachstan seine Menschenrechtssituation massiv verbessert und sich in der gesamten OSZE für eine Stärkung der menschlichen Dimension einsetzt. Eine weitere Forderung zielt darauf ab, dass sich die Bundesregierung im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft verstärkt für den Flüchtlingsschutz in der Region einsetzt, den zentralasiatischen Ländern gegenüber auf die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonventionen besteht und die Arbeit des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der Region unterstützt. Über ein europäisches Zentralasienkonzept hinaus soll die Bundesregierung auch eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Weltbank in Menschenrechtsfragen in Zentralasien unterstützen.

Die Fraktion hält in ihrem Antrag fest, dass in der Zusammenarbeit mit allen fünf zentralasiatischen Staaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – die wirtschaftliche Kooperation nicht zusammengeführt werde mit Menschenrechtsdialogen und der Förderung des Aufbaus rechtsstaatlicher Institutionen. Menschenrechtsförderung werde hauptsächlich der OSZE überlassen. Dabei könnte die EU gerade auch in den sensiblen Bereichen eines Konzepts umfassender Sicherheit – wie den Menschenrechten – eine wichtige Rolle in der Region spielen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag am 9. Mai 2007 in seiner 41. Sitzung beraten und mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag am 9. Mai 2007 in seiner 36. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 36. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten.

Als Ergebnis der Beratung hat der Ausschuss den Antrag auf Drucksache 16/2976 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 23. Mai 2007

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Holger Haibach
Berichterstatter

Johannes Jung (Karlsruhe)
Berichterstatter

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter